

## WIRTSCHAFT



Ein Mitarbeiter des Schraubenhändlers Gross in Leinfelden-Echterdingen kontrolliert den Inhalt verschiedener Kisten.

Foto: Gross

## Schrauben – so mischt der Mittelstand mit

Auch kleinere schwäbische Schraubenhändler schlagen sich wacker – etwa weil sie sich auf bestimmte Bereiche spezialisieren. Damit wollen sie auch großen Konzernen Paroli bieten. Die Energiewende könnte den Geschäften der Branche zusätzlichen Schwung geben.

Von Ulrich Schreyer

Mit Herzblut, Engagement und einem sehr gut ausgebildeten Vertriebsnendienst – so will sich Schrauben-Bauer aus Heilbronn in der heftig umkämpften Branche behaupten. Für Michael Bauer, den Geschäftsführer eines Unternehmens mit 22 Mitarbeitern jedenfalls steht fest, dass es auch künftig „kleinere Player“ am Markt geben wird. So wie sein Unternehmen, das den Umsatz 2021 um elf Prozent auf vier Millionen Euro steigerte und für das laufende Jahr fünf Millionen Euro anpeilt. Anders als bei vielen Unternehmen, die landläufig gerne als Schraubenhändler eingestuft werden, macht Bauer zwei Drittel seines Umsatzes mit Schrauben und anderen Befestigungselementen.

Dass Herzblut allein nicht genügt, weiß er natürlich auch. Den überwiegenden Anteil seiner Schrauben kauft er in Europa ein. Importe aus Asien werden von Firmen bezogen, die große Mengen verfrachten an Schraubenhändler weiterverkaufen. Zu den Kunden zählen kleine und mittlere Industriebetriebe, aber auch Handwerker. „Seit die Lieferfristen länger geworden sind, fragen auch größere Firmen bei uns an“, berichtet Bauer. Eine Spezialität des Heilbronner Unternehmens sind Schrauben für den Stahlbau oder solche, die Bauer nach Kundenzeichnungen bei anderen Unternehmen herstellen lässt. „Gegen die Großen geht es nur mit Schnelligkeit, Partnerschaften wie mit den Importeuren und Spezialisierung“, meint Bauer.

Aus dem Geschäft mit dem Holzbau und dem Innenausbau hat er sich dagegen weitgehend zurückgezogen: „Das machen die Direktvermarkter wie Würth, Berner oder

Förch“. Diese sind weit größer als Bauer-Schrauben. Der Künzelsauer Würth-Konzern, mit weltweit 83 000 Mitarbeitern kann 33 000 Beschäftigte im Außendienst zu seinen Kunden schicken. Allerdings: Würth ist eher schon ein Mischkonzern als ein Schraubenhändler. So macht die Muttergesellschaft Adolf Würth GmbH & Co. KG etwa 20 Prozent ihres Umsatzes mit Schrauben. Etwa 30 Prozent der von der Muttergesellschaft verkauften Schrauben werden im eigenen Konzern produziert. Der Marktanteil in Deutschland liegt nach den Angaben des zuständigen Geschäftsführers Thomas Klenk inzwischen bei rund zehn Prozent, früher wurden immer wieder mal fünf Prozent genannt.

Anders als Würth, wo die eigene Produktion ausgebaut werden soll, setzt der Mittelständler Förch in Neuenstadt am Kocher voll auf Zukäufe, eine eigene Produktion gibt es nicht. „Damit sind wir bisher gut gefahren“, sagt Konzerngeschäftsführer Gerhard Heilemann, „das macht uns flexibel“. Die allermeisten Schrauben kommen aus Fernost, dank gut gefüllter Lager sei Förch aber in der Regel lieferfähig. Mit seinen 3500 Beschäftigten erreichte das Familienunternehmen 2021 einen Umsatz von 514 Millionen Euro, Schrauben trugen etwa zehn Prozent bei. Wie andere haben auch die Neuenstädter etwa Elektrowerkzeuge, chemische Produkte oder Werkstatt-

ausrüstungen im Angebot. „Das Wachstum bei Förch liegt immer zwischen sechs und acht Prozent“, sagt Heilemann. Und noch etwas ist ihm wichtig: „Bei uns ist der Druck auf den Außendienst nicht so hoch wie bei anderen Firmen“, meint er, ohne Namen zu nennen. Zum Erfolg trage auch bei, „dass bei uns der Mensch im Mittelpunkt steht“. Niemand müsse etwa ein kleineres Dienstauto fahren, wenn er bestimmte Ziele nicht erreicht habe. Würth dagegen bekennt sich dazu, dass auch die Größe der Fahrzeuge „Teil unseres Anreizsystems innerhalb der Bezahlungsmodalitäten ist“, wie Klenk erklärt. Doch auch „die niedrigste Variante“ sei für die ganze Familie groß genug. Würth hat seit einigen Jahren einen Betriebsrat, Förch hat, was bei Würth inzwischen Geschichte ist: Einen „Vertrauensrat“.



Foto: Förch

„Bei uns ist der Druck auf die Mitarbeiter nicht so groß wie bei anderen Unternehmen.“

Gerhard Heilemann, Konzerngeschäftsführer beim Schraubenhändler Förch in Neuenstadt

„Wir haben noch eine Größe, bei der man miteinander reden kann“, sagt Heilemann. „Die Leute können auf mich zukommen, auch wenn sie sonst mal ein Problem haben“, berichtet Thomas Erb, Geschäftsführer beim Schraubenhändler Ferdinand Gross in Leinfelden-Echterdingen. Das Familienunternehmen mit seinen 350 Beschäftigten und einem für 2022 angestrebten Umsatz von 95 Millionen Euro hat sich auf das Geschäft mit der Industrie konzentriert. „Industrie und Handwerk ticken anders“, sagt Erb. So wisse etwa ein Kunde aus der Industrie stets, was er

wann brauche. Beim Handwerk könne dagegen jede Baustelle anders sein. „Wir haben außerdem flache Hierarchien, bei einem Konzern muss vor wichtigen Entscheidungen immer noch mal einen Schleife gedreht werden“, meint Erb. Würth indes sieht sich selbst ebenfalls als „Mittelständler mit flachen Hierarchien“.

Ganz in der Nähe, ebenfalls in Künzelsau, sitzt der Schraubenhändler Berner mit seinen insgesamt 8200 Mitarbeitern. Im vergangenen Jahr wurde erstmals die Umsatzmarke von einer Milliarde Euro übertroffen, etwa zehn Prozent kamen aus dem Schrauben-Bereich. „Schrauben sind ein Wachstumsmarkt“, sagt ein Unternehmenssprecher. Was man anders macht als Würth, bleibt aber unter dem Schleier des Geheimnisses. „Das verraten wir natürlich nicht“.

Dass Unternehmen durch den Verkauf von Schrauben weiter wachsen können – darüber herrscht weitgehend Einigkeit in der Branche. „Windkraft braucht Schrauben ohne Ende“, meint Gross-Geschäftsführer Erb, Würth-Manager Klenk freut sich über die hohe Nachfrage nach einer Schraube für Holz und Volker Lederer sieht gute Geschäfte bei der Installation von Solaranlagen. Lederer, Geschäftsführer des gleichnamigen Unternehmens im nordrhein-westfälischen Ennepetal mit 190 Beschäftigten und einem Umsatz von etwa 90 Millionen Euro ist auch Vorsitzender des Fachverbands des Schraubengroßhandels. „Wir erleben derzeit einen Konzentrationsprozess, der in den kommenden fünf bis zehn Jahren zu einer Reduzierung der Zahl der Großhändler führen wird“, sagt Lederer – auch weil die ganz Großen immer auf der Suche nach attraktiven Zukäufen seien.

Die Mineralölkonzerne die derzeitige Krise offensichtlich ausnutzen, um riesige Gewinne zu machen“. SPD-Chef Lars Klingbeil nannte den Vorstoß „sehr überlegenswert“.

— Gibt es Kritik daran?  
Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hatte sich schon Mitte Mai kritisch geäußert: Eine Übergewinnsteuer „würde auch die Hersteller von Impfstoffen, Wind- und Solarkraftanlagen oder Halbleitern treffen“, argumentierte er. „Die machen Profite, weil sie dank ihres Könnens Knappheiten beseitigen. All denen möchte ich keine Impulse nehmen, mehr zu produzieren.“ Auf die Frage, ob sich die Steuer nicht auf bestimmte Branchen beschränken lasse, warnte Lindner, dass dann „Beliebigkeit“ nach dem Motto drohe: „Dieser Marktteilnehmer ist mir sympathisch und dieser nicht.“ Dafür sei das Steuersystem nicht gedacht. AFP/dpa/red

— Wie ist die Diskussion in Deutschland?  
Bereits seit Längerem gefordert wird eine Übergewinnsteuer von der Linkspartei. Offen dafür zeigen sich aber auch die Grünen. Angesichts der Spritpreiskrise erklärte Parteichefin Ricarda Lang, dass eine Übergewinnsteuer ein „logischer Schritt“ sei, „wenn

Börsenwoche

## Inflations- und Konjunktursorgen

Die Stimmung an den Aktienmärkten kann schnell wieder kippen, wie sich zuletzt in den USA gezeigt hat.

Allein im Mai sind in den USA 390 000 Stellen besetzt worden – und die Wall Street reagiert verschupft. Der Kursrutsch vom vergangenen Freitag wirkt zynisch. Rational ist die Reaktion aber durchaus: Mit der Zahl der Erwerbstätigen steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die US-Notenbank Federal Reserve ihre Zinsen weiter zügig erhöht, um eine Überhitzung der Wirtschaft zu verhindern. Und wenn Geld teurer wird, fließt eben weniger davon in Aktien.

Obwohl die Fed bereits seit März an der Zinsschraube dreht, lag die Inflationsrate im April noch über acht Prozent. Mit Spannung wird nun der Wert für Mai erwartet, der am Freitag veröffentlicht wird.

Ausgesprochen niedrig sind dagegen die Erwartungen an die Sitzung der Europäischen Zentralbank (EZB) am Donnerstag. Denn EZB-Präsidentin Christine Lagarde hat sehr deutlich gemacht, dass eine Zinserhöhung erst im Juli zu erwarten ist.

Immerhin dürfte das Statistische Bundesamt am Mittwoch einen Anstieg der Industrieproduktion für den Monat April vermelden. Im März hatte die Autoindustrie wegen ausbleibender Bauteile aus der Ukraine ihre Produktion drosseln müssen, im April würde sie wieder hochgefahren. Doch nach Einschätzung der Dekabank droht schon die nächste Flaute: Die jüngsten Werks- und Hafenschließungen in China, wo die Regierung das Coronavirus auszumerzen versucht, würden sich bald auch in Deutschland bemerkbar machen.

Zu erwarten sind also mäßige Wachstumsraten bei weiter steigenden Preisen. Davon profitierten Aktien von Unternehmen mit „hoher Preissetzungsmacht“, notiert die Commerzbank. Dazu zählen Hersteller von Premiumautos und anderen Luxusgütern.

## Bremsen: Rückruf bei Mercedes

STUTTGART. Mercedes-Benz ruft wegen möglicher Bremsprobleme weltweit fast eine Million ältere Fahrzeuge zurück. Betroffen seien bestimmte ML-, GL- und R-Klasse-Autos der Baujahre 2004 bis 2015, bestätigte ein Unternehmenssprecher. Betroffen seien weltweit fast eine Million und in Deutschland vermutlich annähernd 70 000 Autos.

Der Mercedes-Sprecher erklärte, bei Fahrzeugen der betroffenen Bauart könnte der Bremskraftverstärker durch Korrosion an den Fügestellen des Gehäuses beeinträchtigt sein. In sehr seltenen Fällen könne es nicht mehr möglich sein, das Fahrzeug über die Betriebsbremse abzubremesen.

Das Unternehmen werde umgehend mit dem Rückruf beginnen, um die Fahrzeuge zu überprüfen und bei Bedarf Teile auszutauschen. Bis zur Prüfung sollten die betroffenen Fahrzeuge nicht mehr genutzt werden. Falls erforderlich, plane Mercedes-Benz für die Zeit des Werkstattaufenthaltes kostenlos eine Mobilitätslösung oder eine alternative Lösung anzubieten. rtr

## Kommt die Zusatzabgabe für Krisengewinner?

Die Mineralölkonzerne stehen wegen hoher Spritpreise in der Kritik. In der Ampel werden Forderungen lauter, „Übergewinne“ abzuschöpfen.

Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) hält eine Steuer auf übermäßige Firmengewinne für nötig. „Die Ölkonzerne verdienen sich derzeit schlicht und ergreifend eine goldene Nase“, sagte er der „Welt“. Die massiv gestiegenen Spritpreise ließen sich „ganz sicher nicht“ mit der Entwicklung der Ölpreise erklären.

— Was ist eine Übergewinnsteuer?

Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages beschreibt eine solche Abgabe als eine Steuer, die den über einen „Normalgewinn“ hinausgehenden Gewinn belastet. Was als „Normal“- und was als „Über“-Gewinn gelten soll, kann dabei verschieden berechnet werden, wie der wissenschaftliche Dienst im

März 2021 anlässlich der Auswirkungen der Coronapandemie erklärte.

— In welchen Ländern gibt es derzeit solche Steuermaßnahmen?

In Großbritannien will Finanzminister Rishi Sunak mit einer Ende Mai vorgestellten „Windfall Tax“ fünf Milliarden Pfund (rund 5,9 Milliarden Euro) in die Staatskasse spülen und damit Teile eines Entlastungspakets für inflationsgeplagte britische Haushalte stemmen. Öl- und Gaskonzerne wie BP und Shell sollen dafür vorübergehend auf ihre Zusatzgewinne, die auf den starken Anstieg der Öl- und Gaspreise zurückzuführen sind, 25 Prozent Steuern zahlen. Dabei soll es aber für die Firmen auch die Möglichkeit geben,

ihre Steuerlast zu senken, wenn sie zugleich Investitionen tätigen. Als „Windfall Tax“ werden Steuern auf Gewinne bezeichnet, die Unternehmen quasi zufällig, also unerwartet zufallen. Auch in Ungarn soll es 2022 und 2023 eine Sondersteuer auf Zusatzgewinne durch vom Ukraine-Krieg verursachte Preiserhöhungen geben. Einbringen soll dies zwei Milliarden Euro. Italien hatte im März eine Steuer auf Zusatzgewinne von Energieunternehmen angekündigt. Hier soll die Abgabe bei zehn Prozent auf zusätzlich eingefahrene Gewinne liegen.

— Wie ist die Diskussion in Deutschland?

Bereits seit Längerem gefordert wird eine Übergewinnsteuer von der Linkspartei. Offen dafür zeigen sich aber auch die Grünen. Angesichts der Spritpreiskrise erklärte Parteichefin Ricarda Lang, dass eine Übergewinnsteuer ein „logischer Schritt“ sei, „wenn